

SPD Haltern am See

*„Der beste Weg,
die Zukunft vorauszusagen,
ist, sie zu gestalten.“*

Willy Brandt



Vorwort

Demokratie ist die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Nur in einer starken und lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren und gemeinsam – auch im Diskurs – friedlich in der Gesellschaft umsetzen. Demokratie ist jahrhundertlang erkämpft worden. Und auch heute noch sterben Menschen in ihrem Einsatz für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit. Viele Millionen Menschen auf der Welt sind noch dabei, demokratischen Fortschritt zu erkämpfen. Und auch in Deutschland ist es gerade einmal 27 Jahre her, dass Menschen für ihre Freiheit gekämpft haben.

Seite | 1

Politische Willensbildung in Parteien und in gesellschaftlichen Initiativen ist eine tragende Säule für eine starke Demokratie. Wahlen sind Festtage der Demokratie. Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern.

Wir haben in gemeinsamen Dialogforen mit den Themen Arbeit & Soziales, Umwelt, Familie, Betreuung und Bildung Positionen erarbeitet, die die Grundlage für dieses Beschlusspapier bilden.

Das vorliegende Beschlusspapier versteht sich als ein Beitrag, die wesentlichen Grundpfeiler sozialdemokratischer Perspektiven zu dokumentieren. Diese Diskussion soll unter Beachtung dieser Gesichtspunkte eine Perspektive entwickeln, die eine längerfristige Grundlage für sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit bietet.

Wir, die Mitglieder der SPD Haltern am See, kümmern uns um die kommunalen Anliegen vor Ort. Wir sind in den Quartieren unterwegs und vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Halterns. Als Mitglieder der SPD beteiligen wir uns an der innerparteilichen Diskussion, die Sozialdemokratie solidarisch und gerecht zu gestalten. Wir wollen zur klugen politischen Vereinigung von sozialer Gerechtigkeit, ökonomischer Vernunft und ökologischer Sensibilität beitragen.

Wir wollen den gesellschaftlichen Diskurs darüber führen und diese Kernkompetenz klar zum Ausdruck bringen.

Betreuung und Bildung

Wir als SPD Haltern am See machen uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Gesellschaft stark. Dazu gehört es insbesondere, die Etablierung einer möglichst flexiblen Nutzung der offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) am Standort Haltern am See - im Sinne einer echten Vereinbarkeit von Familie und Beruf - weiter zu fördern. Dass bestehende Gestaltungsspielräume aus Furcht vor Rückforderung erhaltener Zuwendungen seitens des kommunalen Schulträgers und der Schulleitungen zu Lasten von Eltern- bzw. Familieninteressen im OGS-Bereich nicht ausgeschöpft bzw. sogar negiert werden, darf nicht weiter hingenommen werden.

Es gilt vielmehr den Unmut von Eltern ernst zu nehmen, die sich zum Teil gegen mangelnde Flexibilität der Abholzeiten wenden und mit der Begründung, eine teilweise Nutzung der

OGS-Angebote sei mit den diesbezüglich geltenden Bestimmungen unvereinbar und deshalb alternativlos abzulehnen.

Die OGS ist Bildungs- und Betreuungsangebot zugleich. Beides ausgewogen ineinander greifen zu lassen, liegt der SPD in Haltern am See am Herzen. Was jedoch als offen angepriesen wird, soll schließlich auch offen sein, zumal die Elternentscheidung für die Anmeldung des Kindes in der OGS sicherlich auch diesen Aspekt berücksichtigt hat. Nur wenn offene Bildungsangebote möglichst flexibel nutzbar sind, kann deshalb eine fruchtbare Lernatmosphäre für alle Beteiligten geschaffen werden.

Von der flexiblen Nutzung von (offenen) Lernangeboten ist der Ansatz des individuellen Lernens abzugrenzen. Die flexible Nutzung von Angeboten stellt dabei das „Ob“ und der Ansatz des individuellen Lernens das „Wie“ der Stoffvermittlung in den Mittelpunkt. Letzteres ist vor allem bei der Entscheidung über G8 bzw. G9 zu berücksichtigen.

Nach Ansicht der SPD in Haltern am See setzt individuelles Lernen eine gewisse Flexibilität in der Art und Weise der schulischen Bildung und Förderung voraus. Die Vermittlung von Lerninhalten - muss sich folglich am individuellen Bedarf und am jeweiligen Entwicklungsstand der zu beschulenden Person orientieren. Dies kann jedoch nicht durch eine generelle Entscheidung gegen G8 und für G9 erreicht werden. Die Entscheidung gegen G8 kann den einen Schüler ausbremsen und den anderen von empfundener Überforderung befreien. Hier sollte deshalb individuell für jeden Schüler eine Entscheidung getroffen werden können und deshalb auf allen Gymnasien eine Wahlmöglichkeit zwischen beiden Systemen bestehen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zudem, dass die Lehrpläne auf überflüssige Inhalte und Doppelungen hin geprüft und ggfs. entschlackt werden. Es ist wichtig der jungen Generation eine gute Allgemeinbildung mit auf Ihren Lebensweg zu geben. Soll sich Wissen jedoch verfestigen, kann dies nur gelingen, wenn einem „Bulimie-Lernen“ bereits im Ansatz effektiv begegnet wird.

Die SPD in Haltern am See setzt sich deshalb für kleinere Klassen, mehr Lehrpersonal und eine optimierte Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte ein. Wichtig ist dabei insbesondere, die Lehrkräfte bestmöglich zu befähigen, die Schülerinnen und Schüler lebensnah ausbilden zu können, wozu auch gehört, dass die Schülerinnen und Schüler lernen, mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt zu halten.

Auch eine optimierte individuelle Sprachförderung und einer Vereinheitlichung von Ausbildungsstandards in Deutschland - zum Beispiel durch die Schaffung eines dem Hochschulbereich vergleichbaren Rahmengesetzes für den allgemeinen schulischen Bereich - muss im Zuge der stattfindenden Globalisierung mehr in den Fokus genommen werden. Soweit Vermittlung bestimmter Lerninhalte ein hohes Maß an Spezialisierung bedingen, sollte auch der Rückgriff auf geeignete Kooperationspartner keinen Vorbehalten begegnen. Perspektivisch wäre - mit Blick auf ein entspanntes Lernen - auch ein verbindlicher und damit gebundener Ganztags an den Schulen unseres Landes denkbar.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass Bildung ein hohes gesellschaftliches Gut ist. Die Bildung auf eine gesunde und feste Basis zu stellen, sind wir der jungen Generation schuldig. Schließlich wird diese Generation künftig die Geschicke unseres Landes lenken müssen.

Die SPD in Haltern am See setzt sich deshalb auch dafür ein, dass der Bildungssektor mit hinreichenden Finanzmitteln ausgestattet wird, um nicht zuletzt auch eine ausgewogene und gesunde Schulverpflegung an den Schulen unseres Landes sicher zu stellen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Zahl der Leiharbeiter erreicht in Deutschland einen neuen Höchststand. 2015 waren insgesamt 961.000 Menschen als Leiharbeiter beschäftigt, mehr als je zuvor. Leiharbeit ist umstritten. Unternehmen und Konzerne loben sie: Die Leiharbeit ermöglichte ihnen, flexibel auf Auftragsschwankungen reagieren zu können. Die Arbeitgeber argumentieren, ohne Leiharbeit würden sie insgesamt weniger Menschen beschäftigen, weil sie sich von Festangestellten in einer Krise nur schwieriger wieder trennen könnten. Gewerkschaften kritisieren dagegen scharf, dass Leih- und Zeitarbeiter deutlich weniger verdienen, als Festangestellte.

Die Zahl der Leih- und Zeitarbeiter war 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 50.000 angestiegen. In den Jahren davor schwankten die Zahlen zwischen 610.000 und 910.000. Das mittlere Bruttogehalt von Leiharbeitnehmern lag nach den jüngsten Zahlen bei 1700 Euro - und somit deutlich unter dem Gehalt anderer Beschäftigter. Im Vergleich dazu lag das Durchschnittsentgelt bei allen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten bei 2.960 Euro.

Die SPD Haltern am See erkennt an, dass Leih- und Zeitarbeit als Instrument zur Überwindung kurzfristiger Engpässe im Unternehmen dienen kann. Leih- und Zeitarbeit darf nicht mittel- und langfristige reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzen. Für gleiche Arbeit ist der gleiche Lohn zu zahlen.

Alterssicherung

Während bis 2001 die Rente dazu dienen sollte, nach einem erfüllten Arbeitsleben den erreichten Lebensstandard zu sichern, wurde unter rot-grün die Zieldefinition der Gesetzlichen Rentenversicherung in „Schutz vor Altersarmut“ geändert. Diese Definitionsänderung ging einher mit weitreichenden Regelungen für die Versicherten: der Beitragssatz der GRV wurde auf 22 Prozent bis 2030 gedeckelt. Das Rentenniveau soll bis zum Jahre 2030 auf 43 Prozent vor Steuern abgesenkt werden. Die zwangsläufig entstehende Versorgungslücke soll allein durch die Versicherten mittels privater Altersvorsorge und Betriebsrenten geschlossen werden.

Von Beginn an ist dieser neoliberale Kurs von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kritisiert worden. Die Gründe für die Rentenreform dienen einzig und allein dem Faktor Wirtschaft. Der Faktor Mensch kommt zu kurz.

Eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung vergleicht die Entwicklungen der Alterssicherung in Deutschland und in Österreich¹. Auch unser Nachbarland stand zu Beginn des Jahrtausends vor der Frage der Beständigkeit des Alterssicherungssystems. Im Gegensatz zu Deutschland hat man sich in Österreich zur Beibehaltung des Ziels der Lebensstandardsicherung durch das gesetzliche

Rentenversicherungssystem entschieden und dieses zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut.

Ist die Reform auch aus heutiger Sicht zum Scheitern verurteilt? Ja! Die private Vorsorge, die nicht nur mittlere und kleine Einkommen absichern sollte, ist 1. gerade für Bezieherinnen kleinerer Einkommen nicht leistbar und 2. auf Grund der Entwicklung auf internationalen Finanzmärkten sind ursprünglich erwartete Renditen nicht zu erzielen. Aktuelle Berechnungen (z. B. des DIW) zeigen, die Kluft zwischen Reich und Arm ist aufwachsend, u. a. weil das Ansparen kleinerer Beträge keine Zinserträge mehr bringt. Die dritte Säule „betriebliche Alterssicherung“ ist von jeher ein Stiefkind und wird nur von 52% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten genutzt. Beide zusätzlichen Säulen beruhen auf Freiwilligkeit und sind damit als Instrumente zur Absicherung des Alters nicht tauglich.

Seite | 4

Eine Solidarrente, die eine Mindestrente von 850 Euro nach jahrzehntelanger Beitragstätigkeit sichert, ist insbesondere bei der Betrachtung von Erwerbsbiographien von Frauen, keine ausreichende Lösung.

Frauen der mittleren Generation schaffen auf Grund der gelebten Familienphase keine durchgängige Erwerbstätigkeit und somit Einzahlung in das Rentensystem. Kosmetische Behandlungen wie die Einführung der Mütterrente lösen nicht das grundsätzliche Problem für eine Generation, in der Regel von Frauen, die zugunsten der Familienphase keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Grundsätzlich lehnen wir die Mütterrente nicht ab, sehen jedoch die Notwendigkeit, diese steuerbasiert zu finanzieren.

Die Gesellschaft wird sich auch der Frage einer auskömmlichen und generationengerechten Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung stellen müssen. Bereits durch den Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland ist das aktuelle „Modell“ der deutschen Sozialversicherung in Gefahr.

Beitragseinnahmen vermindern sich, wodurch es zu einem einnahmeseitig bedingten Erhöhungsdruck kommt, der zu der ohnehin schon aufgrund der demographischen Entwicklung gegebenen Beitragssatzdynamik hinzutritt. Beitragssatzsteigerungen wirken sich aufgrund der steigenden Lohnnebenkosten auf die Attraktivität des Faktors Arbeit aus, die die Stabilität der Sozialversicherungssysteme möglicherweise gefährdet. Hier streiten Interessenverbände über die möglichen Auswirkungen. Forderungen nach Beteiligung aller Arbeitenden an den Sozialversicherungssystemen müssen daher auch unter Berücksichtigung der zu erwartenden Altersbezüge für jeden Einzelnen geprüft werden.

Die SPD Haltern am See sieht die Notwendigkeit, die bereits heute bestehenden sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ in der Rentenversicherung in Gänze steuerbasiert zu finanzieren. Das würde die „Rentenkasse“ bereits heute in erheblichem Maße entlasten.

Die SPD Haltern am See fordert die Rückkehr zu einem paritätisch finanzierten Rentenversicherungssystem, die Abschaffung der Riester-Rente bei Schutz von Bestandsverträgen und die Beibehaltung eines lebensstandardsichernden Rentenniveaus bei rund 50 % vor Steuer.

Die SPD Haltern am See fordert ein klares Bekenntnis der Sozialdemokratie zur gesetzlichen umlagefinanzierten Rente, die den Lebensstandard sichert.

Eine Lebensperspektive, die in der Grundsicherung im Alter endet, setzt völlig falsche Anreize. Wir wollen auch jungen Menschen das Vertrauen in die gesetzliche Rente zurückgeben, damit Lebensperspektiven in Vertrauen auf eine sichere Zukunft entstehen können.

Umwelt

Die SPD in Haltern am See macht sich für Umweltbelange stark. Gerade der Standort Haltern am See, als Trinkwasserreservoir für die umliegende Region, macht eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Belangen unerlässlich. Insofern fordern wir zum einen ein engmaschiges Monitoring des ehemaligen WASAG-Geländes mit Blick auf die Schadstoffverteilung im Boden und die damit einhergehenden Auswirkung auf die Trink- und Grundwasserqualität in der Umgebung. Zum anderen setzen wir uns im Rahmen bestehender und künftiger Möglichkeiten für eine Entsorgung der dadurch verseuchten Böden ein.

Aber auch darüber hinaus stehen wir als SPD in Haltern am See für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik. Vor allem zwei weitere Umweltaspekte sind für uns dabei am Standort Haltern am See wichtig, die Nutzung von erneuerbaren Energien und die Berücksichtigung von Umweltbelangen in der Straßenverkehrsplanung. Hinsichtlich der Nutzbarmachung erneuerbarer „grüner“ Energien verschließen wir uns dem Bau von Windenergieanlagen im Außenbereich unseres Stadtgebiets deshalb grundsätzlich nicht. Auf die Verabschiedung von entsprechenden Teilflächennutzungsplänen als ordnungspolitisches (Mitsprache-)Instrument wollen wir dabei jedoch nicht verzichten, um so zumindest ein Mindestmaß an kommunaler Mitsprache in diesem Bereich zu erhalten.

Im Rahmen einer umweltbewussten Verkehrsplanung machen wir uns außerdem für die Erarbeitung eines umfassenden Verkehrsinfrastrukturkonzeptes in Haltern am See stark, weg vom Auto als bestimmendes Verkehrselement, hin zu einem gleichberechtigten Miteinander von Autos, Radfahrern und Fußgängern im Stadtgebiet.

Nachwort

Mit dem heutigen Stand ist dieses Dokument nicht abgeschlossen. Die SPD Haltern am See wird die Reihe der innerparteilichen Dialogforen fortsetzen und Positionen zu weiteren Themen erarbeiten.

Haltern am See, 18.11.2016

Quelle

1 WSI-Report Nr. 27, 1/2016, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut,
Blank/Logeay/Türk/Wöss/Zwiener
Hans-Böckler-Stiftung